

Protokollauszug vom

16.11.2022

Departement Kulturelles und Dienste / Departementssekretariat:

Unterstützung des Appells zum Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (TPNW)

IDG-Status: öffentlich

SR.22.822-1

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Der von der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) veranlasste Appell an den Bundesrat zum Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (TPNW) wird unterstützt. Stadtpräsident Michael Künzle wird zur Unterzeichnung des Aufrufs ermächtigt.
2. Die Medienmitteilung wird gemäss Beilage genehmigt.
3. Mitteilung an: Departement Kulturelles und Dienste, Stadtentwicklung; Stadtkanzlei.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtschreiber:



A. Simon

Begründung:

1. Ausgangslage

Der Krieg in der Ukraine zeigt in aller Deutlichkeit auf, dass die atomare Bedrohung nach wie vor sehr real ist und in einer sehr Besorgnis erregenden Weise an Bedeutung gewonnen hat. Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW) ist ein Vertrag der UNO, der die Vertragspartner zum Verzicht auf Kernwaffen verpflichtet. Der Vertrag verbietet Entwicklung, Tests, Produktion, Transfer, Besitz, Einsatz sowie Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen.

Am 7. Juli 2017 stimmten 122 Staaten dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen zu. Die Schweiz nahm an den Verhandlungen dazu teil und stimmte ebenfalls dafür, wies dabei aber auf noch zu klärende Fragen hin. Bisher wurde der TPNW von 91 Staaten unterzeichnet und von 68 Staaten ratifiziert. Die Schweiz hat ihn noch nicht unterschrieben. Am 22. Januar 2021 trat der TPNW in Kraft.

Eine im 2018 überwiesene Motion verlangte vom Bundesrat, den Atomwaffenverbotsvertrag schnellstmöglich zu unterzeichnen und dem Parlament zur Genehmigung der Ratifikation vorzulegen. Am 3. April 2019 beschloss der Bundesrat daher, die Beitrittsfrage mit Unterstützung externer Sachverständiger erneut zu überprüfen. Vom 21. bis 23. Juni 2022 nahm die Schweiz in Wien als Beobachterin an der ersten Staatenkonferenz des TPNW teil. Basierend auf einem Bericht der Bundesverwaltung wird der Bundesrat voraussichtlich Anfang 2023 entscheiden, ob er den TPNW ratifiziert oder nicht.

2. Erwägungen

Der Stadtrat hat bereits im Januar 2020 aus Anlass eines ersten Städteaufrufs der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) zum TPNW Stellung bezogen. Auch im Rahmen der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend «Vertrag zur Abschaffung von Atomwaffen 2017» (GGR-Nr. 2019.121) hielt er fest, dass er sich dem Städteappell anschliessen und damit dafür einsetzen will, dass die Schweiz diesen Vertrag unterzeichnen und ratifizieren wird. Diese Haltung der Stadt Winterthur wird mit der Mitgliedschaft des Stadtpräsidenten bei den «Mayors of Peace» bekräftigt. Dabei handelt es sich um eine internationale Städtegemeinschaft mit dem Ziel, einen Beitrag zur Abschaffung von Kernwaffen zu leisten. Eines der gegenwärtigen Hauptanliegen von «Mayors for Peace» ist es, die nationalen Regierungen zur Unterzeichnung und Ratifizierung des TPNW zu bewegen. Heute zählen die «Mayors for Peace» nach eigenen Angaben 8222 Mitgliedsstädte aus 166 Ländern (Stand 11. November 2022).

Vor dem Hintergrund, dass der Bundesrat – wie vorstehend erwähnt – zum Jahresbeginn 2023 zur Frage des Beitritts der Schweiz zum TPNW erneut Stellung beziehen wird, sieht sich die ICAN nochmal dazu veranlasst, einen Appell an die Schweizer Bundesbehörden zu richten, um einen Beitritt der Schweiz zum TPNW zu erreichen. Dieser neuerliche Aufruf wird bis heute unter anderem auch durch die Städte Bern, Basel, St. Gallen und Zürich unterstützt.

Ganz besonders im Kontext des aktuellen Kriegsgeschehens in der Ukraine und der damit zusammenhängenden Bedrohung, die von Atomwaffen ausgeht, sieht der Stadtrat keinerlei Veranlassung, von seiner bisherigen, befürwortenden Haltung zum TPNW abzuweichen. Vielmehr erachtet er es speziell unter den gegebenen Umständen als besonders wichtig, sämtliche Bemühungen in Richtung eines Atomwaffenverbots und damit zur nuklearen Abrüstung nach Kräften zu unterstützen. Winterthur folgt damit erneut dem Beispiel anderer Städte und wird den neuerlichen Städteappell der ICAN an die Bundesbehörden ebenfalls unterstützen. Stadtpräsident Michael Künzle ist mit der Mitunterzeichnung des Aufrufs zu ermächtigen.

3. Kommunikation

Die Medienmitteilung ist gemäss Beilage zu genehmigen.

Beilagen:

1. Schreiben ICAN
2. Aufruf zum Beitritt der Schweiz zum UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW)
3. Medienmitteilung

